die Ursache vom Zaune brechen, die Unzufriedenheit schüren und Familienväter zu einem Vorgehen verleiten, das diese dann meist bitter bereuen. Immerhin werden auch die Arbeitgeber gut thun, die Augen offen zu halten und alle Erscheinungen, die sich auf die Eingangs dieser Zeilen angedeutete Bewegung beziehen, sorgfältig zu beobachten. Berechtigt wäre vielleicht eine Erhöhung der Lohnsätze auf kleinen Nachbarortschaften, die mit billigerem Arbeiten die Großbetriebe der Städte empfindlich schädigen; doch auch dies soll dem Ermessen der betreffenden Arbeitgeber anheimgestellt bleiben. Unseres Wissens hatte sich bei einem der letzten Streiks, der ziemlich nutzlos im Sande verlief, zur Erzielung einer größeren Einigkeit eine Arbeitgeber-Vereinigung gebildet, und wir möchten für heute mit der Frage schließen, ob dieselbe noch besteht und ob sie es nicht für gerathen hält, einmal angesichts der Lage und zur Erzielung einheitlicher Beschlüsse in einer so wichtigen Angelegenheit ein Lebenszeichen von sich zu geben?

C. H. **Berlin**, 21. April. (Das Wachsen des belgischen Grubenarbeiterstreiks.) Die Wellen, welche der an Ausdehnung gewinnende belgische Bergarbeiterstreik nach Deutschland herüberwirft, fangen an, auch hier die Gewässer zu bewegen. Die Leiter des socialdemokratischen Verbandes der Bergleute haben einen Aufruf erlassen, in welchem sie die Bergleute dringend ersuchen, keine Ueberschichten zu machen. „Jeder denkende Bergarbeiter muß sich weigern, die Ueberschichten zu verfahren!!! Dazu hat er ein gesetzliches Recht, da kein Zwang zu Ueberschichten (es sei denn Reparaturarbeiten) ausgeübt werden darf! Deutsche Bergleute, helft Eueren belgischen Brüdern, indem Ihr Euch weigert, mehr zu fördern. Helft nicht dem belgischen Capital, welches die Arbeiter unterdrücken will. Es kommt die Zeit, dann haben die deutschen Bergleute die Hilfe der belgischen Kameraden nothwendig. Also keine Ueberschichten mehr! Weigert Euch einmüthig, so lange der Streik in Belgien dauert! Das ist die wirksamste Hilfe für die belgischen Kameraden." Die Leiter des belgischen Bergarbeiterstreiks haben nämlich nach Deutschland gemeldet, daß die belgischen Zechenbesitzer erklärt hätten, sie wären in der Lage, ihren Bedarf an Kohlen aus Deutschland zu decken. Ob diese Erklärung gefallen, steht noch dahin, aber die Leiter des belgischen Bergarbeiterstreiks sprechen in ihrem nach Deutschland gesandten Pronunciamento bestimmt von einer internationalen Capitalistenvereinigung, welche die Arbeiter unterdrücken wolle. Der Streik ist, wie sie weiter betonen, entstanden, weil der Kohlenpreis um 2 Francs per Tonne erhöht wurde und „die große Mehrzahl der Grubenbesitzer den Profit ganz allein behalten will; wir sollen mit den bisherigen unzulänglichen Löhnen fürlieb nehmen". Das ist eine grobe Verleumdung; alle Grubenbesitzer haben die Löhne erhöhen wollen, aber eine Aufbesserung um 20 Procent zu gewähren, wie die Streikapostel verlangen, war einfach unmöglich. Seit dem großen belgischen Kohlenarbeiterstreik von 1886 sind die Löhne der Bergleute fortgesetzt gestiegen und eine neue Erhöhung war, wie gesagt, in Aussicht genommen. Das wird aber den Eindruck des Aufrufs nicht abschwächen, denn es ist nun einmal die Art der im Banne der Socialdemokratie stehenden deutschen Arbeiter, den Hetzaposteln alles und den besonnenen Mahnern nichts zu glauben. Immerhin halten wir es für das Wahrscheinlichste, daß das eigene Interesse die deutschen Bergarbeiter und ihre Führer vor unbesonnenen Schritten zurückhält.

*K. **Berlin**, 21. April. (Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein), der Schwager des Kaisers, hat eine Schrift unter dem Titel „Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittelung" erscheinen lassen, welche die „Sociale Praxis" als lesenswerth, anschaulich und lebendig geschrieben empfiehlt. Im Vorwort sagt der Verfasser: „Zu den Aufgaben, welche auf socialem Gebiete der Lösung harren, gehört eine zweckmäßige Organisation der Arbeitsvermittelung. Was in dieser Beziehung von der Reichsverwaltung und von den Bundesregierungen in den letzten Jahren geschehen ist, beschränkt sich zumeist auf Anregungen, welche nur zu vereinzelten localen Einrichtungen geführt haben. Eine umfassende gleichmäßige Regelung des Arbeitsnachweises steht noch aus. Das Bedürfniß einer solchen kann einem Zweifel nicht unterliegen." Wie der Arbeitsnachweis dagegen zu gestalten sei, um den gegenwärtigen Anforderungen zu genügen, darüber konnten nicht theoretische Erwägungen, sondern nur die praktische Erfahrung entscheiden. Der Verfasser schließt mit folgenden Worten: „Soll der Arbeitsnachweis lebensfähig erhalten werden, so muß strenge Unparteilichkeit für ihn die Norm bilden und seine Fortdauer nicht etwa von einzelnen Bestimmungen, sondern lediglich von Angebot und Nachfrage abhängig bleiben." — Der „Soc. Praxis" scheint diese Forderung am besten in den paritätischen Arbeitsnachweisen, die die Gemeinde unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter einrichtet und verwaltet, ihre Erfüllung zu finden.

⊙ **Berlin**, 21. April. (Telegramm.) Wie aus Trient gemeldet wird, ist die Kaiserin Friedrich gestern Abend mit Gefolge zu einem mehrtägigen Aufenthalte daselbst eingetroffen.

⊙ **Berlin**, 21. April. (Telegramm.) Aus Washington meldet ein Telegramm des „Reuter'schen Bureaus": „Die deutsch-amerikanischen Gegenseitigkeitsverhandlungen sind nach Berlin verlegt worden. Hier wird erklärt, Deutschland könne nicht erwarten, dieselben Zugeständnisse zu erhalten, die Frankreich gewährt wurden, falls es nicht Concessionen mache, ähnlich denen, durch die Frankreich sich sein Abkommen mit Amerika sicherte."

— Ueber mangelnde Parität jammert die „Köln. Volks-Zeitung" wieder einmal anläßlich der Veränderungen im Cultusministerium:

Aber ein Pflästerchen sollte den Katholiken doch werden: in die Function — nicht die Stelle — des Herrn v. Bartsch als Vorsitzender der Medicinalabtheilung ist ein Katholik, der Geheimrath Dr. Förster, eingerückt. Also wohlverstanden: Herr Förster ist nicht Director der Medicinalabtheilung geworden, überhaupt nicht zum Director avancirt; er bleibt einfach was er ist, nämlich Vortragender Rath, und ist nur mit der Function betraut worden, die Medicinalabtheilung zu leiten, ohne Erhöhung von Gehalt oder Rang. Als ob deren den Katholiken so viel gelegen sein könnte! Wenn Herr Förster jetzt Aussicht hätte, Ministerialdirector zu werden, dann wärs ja schon etwas.

Das Blatt stellt sich in diesem Falle ganz merkwürdig naiv an. Worauf es dem Herrschaften ankommt, ist doch, daß die Functionen von einem Katholiken ausgeübt werden. Die Charge kommt doch erst in zweiter Linie. Uebrigens — warum sollte Herr Förster nicht auch Director werden? Das ist so wie so mehr als wahrscheinlich.

— Die Berliner Angelegenheiten sollen, wie den „Münchn. N. N." berichtet wird, einer erneuten Besprechung im Abgeordnetenhause unterzogen werden. An die Leitung der Freisinnigen Volkspartei ist das Ersuchen gerichtet worden, im Landtage eine Interpellation über die sog. Berliner Frage einzubringen, in der neben anderen Angelegenheiten auch die Nichtbestätigung des Oberbürgermeisters berührt werden soll.

* **Hamburg**, 21. April. Die „Hamb. Nachr." schreiben: Die „Leipz. Neuest. Nachr." bringen in ihrer Nr. 108 vom 19. April einen Auszug aus einer Schrift „A. von Unger's" und glauben, einem darin wiedergegebenen Gespräch mit Bismarck den „Stempel der Echtheit" vindiciren zu sollen. Wir möchten dem gegenüber das genannte Blatt, welches sich immer durch seine treue Verehrung für den verewigten Fürsten Bismarck ausgezeichnet hat, im Sinne des Artikels in unserer Nr. 81 bitten, seiner ganzen Haltung entsprechend doch die Mühe nicht zu scheuen, etwaige weitere Angaben über den Fürsten vor Veröffentlichung einer recht genauen Controle zu unterziehen. Das angebliche „Gespräch" ist in mancher Hinsicht einwandfrei, entspricht aber in seinem weitaus größten Theil weder den Auffassungen noch der Redeweise des Fürsten Bismarck. Auffällig ist schon, daß das Gespräch in dem ersten Bande des Buches „Unterredungen mit Bismarck" von einem „Herrn von M." mit Fürst Bismarck geführt wird, während „A. von Unger" nur als Herausgeber auf dem Titelblatt figurirt. Nach unseren Nachforschungen ist dieser Herr von Unger wiederum Niemand anders, wie der in unserer vorerwähnten Nr. 81 als literarischer Proteus bezeichnete alte Nobiskky. (Wir können dies bestätigen. D. Red. d. „Leipz. Tagebl.").

* **Neustrelitz**, 21. April. Der Erbprinz Danilo von Montenegro ist hier zum Besuch seiner Braut der Herzogin Jutta angekommen.

* **Magdeburg**, 20. April. In der Expedition der socialdemokratischen „Volksstimme" sind aus dem gebundenen Belegexemplar auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zwei Artikel herausgeschnitten worden, auf deren Confiscation das Gericht erkannt hatte. Das Blatt will Beschwerde führen gegen diese Auslegung des Confiscationsbeschlusses.

th. **Weimar**, 21. April. In einer Aussprache über die Samoa-Angelegenheit war auf gestern Abend eine öffentliche Versammlung nach dem großen Stadthaussaale einberufen worden. Nachdem Rechtsanwalt Marbersteig und noch ein anderer Redner, der früher auf Samoa geweilt, gesprochen hatten, wurde eine Resolution an den Reichskanzler genehmigt, in der die friedliche Beilegung des Conflictes unter Wahrung der deutschen Rechte und Interessen und ein weiterer Ausbau unserer Flotte gewünscht wird.

* **Gotha**, 21. April. (Telegramm.) Bei den Verhandlungen der Commission des gemeinschaftlichen Landtags für die Gesindeordnung sind Schwierigkeiten entstanden wegen der Zuständigkeitsfrage. Die Coburger halten bezüglich der Gesindeordnung die Einzellandtage für zuständig.

⊙ **Eisenach**, 21. April. (Telegramm.) Heute Vormittag sind der Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha und der Herzog von Connaught zum Besuche des Kaisers auf der Wartburg hier eingetroffen.

⊙ **Reichenbach i. Schl.**, 21. April. (Telegramm.) Außern den Anstiftern, denen gekündigt wurde, haben heute fast sämmtliche Ausständige die Arbeit wieder aufgenommen. Somit ist der Ausstand beendigt. Alle Forderungen der Arbeiter sind abgelehnt.

w. **Meiningen**, 20. April. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für das Herzogthum Meiningen zählt in seinem Bericht für 1896 die ihm bekannt gewordenen Stiftungen der Arbeitgeber zum Besten der Arbeiter auf. Eine Firma hat für die Arbeiter, etwa 12 an der Zahl, 10 000 ℳ ausgeworfen, deren Zinsen halbjährlich an die Arbeiter abgeführt werden. Ein anderer Firmeninhaber hat gelegentlich eines Geschäftsjubiläums 4000 ℳ unter seine Arbeiter vertheilt und 4000 ℳ als Stiftungscapital zum Besten der Arbeiter ausgesetzt. Dem 1897 ausgesetzten Pensionsfonds einer Kammgarnspinnerei in Höhe von 200 000 ℳ, für die Beamten und Arbeiter der Fabrik bestimmt, ist 1898 von dem früheren Besitzer zu gleichem Zweck ein weiteres Capital von 100 000 ℳ überwiesen worden. 1897 sind davon an 3 Aufseher und 7 Arbeiter 5280 ℳ, 1898 an drei Aufseher und 20 Arbeiter 8000 ℳ Ruhegelder gewährt worden. Dabei ist es den Unterstützten unbenommen, anderweit Verdienst zu suchen, was in der Regel auch geschieht.

⊙ **Karlsruhe**, 21. April. (Telegramm.) Der König von Schweden und Norwegen ist heute Vormittag hier eingetroffen und am Bahnhof vom Großherzog empfangen worden.

W. **Stuttgart**, 20. April. Ein ergötzliches Bild der Uneinigkeit der Socialdemokraten zeigte die gestern hier zum Zwecke der Stellungnahme zu Bernstein's Reformvorschlägen abgehaltene öffentliche Versammlung. Redacteur Tauscher von der „Schwäb. Tagwacht" schalt Bernstein's Buch leichtfertig und oberflächlich; von unseren bäuerlichen Zuständen habe Bernstein keine Ahnung. Auch ein Bernstein vermöge an der Richtigkeit der Zusammenbruchs- und Verelendungstheorie nichts zu ändern; Bernstein sei kaum mehr ernst zu nehmen, vielfach betrachte man ihn nur noch als „einen verweichlichten, schieligen und entnervten Kleinbürger". Expeditionsgehilfe Hermann von derselben „Schwäb. Tagwacht" vertheidigt die Bernstein'sche Tactik und protestirte gegen die von Tauscher empfohlene Resolution, die sich gegen Bernstein wendet und die Socialdemokratie auffordert, eine revolutionäre Kampfespartei zu bleiben. Hermann betonte, die Taktik der Compromisse sei schon längst eingeschlagen, das Proletariat sei zur Herrschaft im Staate noch unfähig, die Bildung in seinen Reihen noch zu dünn gesäet. Nehme die Versammlung die Resolution an, bezehe sie „die größte Dummheit". Gegen Hermann trat alsdann die bekannte leidenschaftliche Agitatorin Clara Zetkin auf, die gewaltig losdonnerte und ideale Zerschmetterung des Capitalismus empfahl. Die Abstimmung über die Resolution wurde ausgesetzt; die Debatten sollen erst noch in einer zweiten Versammlung in nächster Woche weitergeführt werden. — Die Abgeordnetenkammer erledigte heute vollends den Justizetat, sowie einige weitere Capitel des Hauptetats.

## Oesterreich-Ungarn.

### Deutsches Priesterseminar; Los von Rom-Bewegung.

* **Wien**, 21. April. (Telegramm.) Fürstbischof Kopp spendete (wie gemeldet) in Weidenau bei Zuckmantel in Oesterreichisch-Schlesien ein Haus zur Errichtung eines deutschen Priesterseminars. Hierdurch soll der von den Deutschen längst beklagte Mangel an deutschen Priestern, der die Ueberfluthung Schlesiens mit tschechischen Priestern verursacht hat, beseitigt werden. Die Tschechen sind über Kopp's Absicht sehr verstimmt. „Narodni Listy" schrieb jüngst, es sei bedauerlich, daß der Vertrauensmann des deutschen Kaisers, der grundteutsch gesinnt sei, einen entscheidenden Einfluß auf die Kirche in Oesterreich ausübe. — Zur Uebertrittsbewegung in Böhmen liegen folgende Meldungen vor: in Teplitz traten nach dem protestantischen Gottesdienste wieder 39, in Turn 50 Personen zum evangelischen Glauben über. Zum Bau einer evangelischen Kirche in Turn wurde bereits ein Grundstück für 12 000 fl. erworben. In Brein bei Reichstadt, Scheiba, Rübendorf und Meistersdorf erfolgten zahlreiche Uebertritte zum Altkatholicismus. (Mgdb. Ztg.)

* **Wien**, 21. April. (Telegramm.) Infolge des Uebertrittes Minderjähriger zum Protestantismus liefen nach dem „Wiener Tagebl." mehrfach Beschwerden von Eltern bei den Behörden ein, worin sie Verwahrung dagegen einlegen, daß ihre minderjährigen Söhne (es handelt sich dabei zumeist um Studenten) ohne Einwilligung der Eltern aus der katholischen Kirche austreten; in den Beschwerden wird eine Aenderung der betreffenden Bestimmung der interconfessionellen Gesetze gefordert. Die Kirchenbehörden beschäftigen sich hiermit bereits. Gleichzeitig sei ein Vorgehen gegen protestantische Geistliche eingeleitet, denen Proselytenmacherei vorgeworfen wird. Gegen Pastor Lammiper in Böhmen und gegen einige sächsische Gastprediger soll sogar ein Strafverfahren wegen Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche eingeleitet werden. Es soll auch untersucht werden, ob nicht die Uebertrittserklärungen gesetzwidrig durch Zwang oder List hervorgerufen worden sind. (Voss. Ztg.)

### Sprachenstreit.

* **Salzburg**, 21. April. (Telegramm.) Der Landtag nahm einstimmig folgenden Antrag des Verfassungsausschusses an: Der Landtag spricht die Ueberzeugung aus, daß die Sprachenverordnungen aufzuheben und der Ausgleich mit Ungarn verfassungsmäßig abzuschließen seien.

* **Prag**, 21. April. (Telegramm.) Den „Narodni Listy" zufolge hat der Sectionschef im Ministerium des Innern Stummer bereits den Sprachgesetzentwurf ausgearbeitet, der auf Grund des § 14 eingeführt werden soll. Der Entwurf stellt, wie das Blatt angiebt, fünf Zonen auf: eine einsprachig deutsche, eine einsprachig tschechische, eine mit vorwiegend deutscher, eine mit vorwiegend tschechischer Bevölkerung und eine gemischt-sprachige, das heißt eine solche, in der die Minorität der einen von beiden Nationalitäten mehr als 25 Procent beträgt. In den einsprachigen Zonen sollen die Amtshandlungen in einer Sprache vorgenommen werden, doch soll bei jeder Behörde ein der zweiten Landessprache kundiger Beamter angestellt werden. In der vorwiegend deutschen Zone soll grundsätzlich in deutscher Sprache verhandelt werden, doch wird von einer größeren Anzahl von Beamten die Kenntniß der tschechischen Sprache gefordert werden. In der gemischt-sprachigen Zone soll es zulässig sein, in jeder der beiden Landessprachen zu verhandeln. Die Stadt Prag würde unter die letzte Kategorie fallen.

### Arbeiterausstände.

* **Aachen**, 21. April. (Telegramm.) Im hiesigen Streikgebiet herrscht heute Ruhe. In Eipel und Rothkasteltz dauert der Ausstand fort.

* **Budweis**, 21. April. (Telegramm.) Hier hat sich ein Schiedsgericht, bestehend aus Vertretern der Stadtgemeinde, des Gewerbe-Inspectorats, der Bezirkshauptmannschaft und der Arbeiterschaft, gebildet, dessen Zweck es ist, eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern herbeizuführen.

## Belgien.

### Internationale Afrikaconferenz; Grubenausstand.

* **Brüssel**, 21. April. Die internationale Conferenz zur Regelung der Einfuhr von Alkohol und des Verkaufs von Spirituosen in Afrika ist (wie gemeldet) gestern Nachmittag hier zusammengetreten. Auf der Conferenz sind elf Mächte vertreten. Auf Vorschlag des englischen Gesandten wurde Staatsminister Baron Lambermont zum Präsidenten gewählt. Die Conferenz wird heute mit der Berathung und Feststellung ihres Programms beginnen.

* **Mons**, 21. April. (Telegramm.) Im Becken von Mons sind heute 3500, im Becken du Centre 12 000 und im Becken von Charleroi 21 000 Bergleute ausständig. In allen Orten herrscht Ruhe. Es bestätigt sich, daß der Ausstand am Montag im Becken von Mons ein allgemeiner sein wird. Im Becken von Lüttich hat sich der Ausstand auf alle Kohlengruben des Plateaus von Herve, auf Seraing und die übrigen Kohlengruben der Gegend ausgedehnt. Mehrere Angriffe auf Arbeitswillige wurden alsbald streng unterdrückt. Nach allen Gegenden wurden Verstärkungen für die Gendarmerie abgeschickt. In den Versammlungen fordern die socialistischen Abgeordneten fortdauernd zum Ausstand auf. In Lüttich kam es zwischen betrunkenen Bergarbeitern zu blutigen Schlägereien. Einer der Bergarbeiter wurde durch einen Beilhieb tödtlich verwundet.

## Großbritannien.

### Zukunftsmusik.

* **London**, 21. April. (Tel. d. Mgdb. Ztg.) Der Pariser Correspondent der „Morning Post" erfährt, die zwischen England und Rußland schwebenden Unterhandlungen seien viel umfassender, als bisher angenommen wurde. Den Anstoß dazu habe der Zar während seines Besuches in Balmoral gegeben. Damals erklärte Rußland sich bereit, jedes mit seiner Ehre und seinen Lebensinteressen verträgliche Opfer zu bringen, um alle Streitfragen zwischen Großbritannien und Rußland mittels eines Abkommens zu lösen, da eine Verlängerung der acuten Gegnerschaft zwischen den beiden Mächten in Ostasien, abgesehen von der Gefahr eines Krieges zwischen ihnen, dazu führen müsse, die Ziele Deutschlands und Japans zu Stillen Meere zu fördern. Die Unterhandlungen umfassen neun Puncte, nämlich die Koreafrage, den Schutz der Nordgrenze von China gegen Eingriffe Japans und Deutschlands, die Frage der chinesischen Bahnen, die Frage der Herstellung europäischer Einflußzonen in China, die afghanische Frage, hinsichtlich welcher Rußland wünsche, Afghanistan unabhängig von England zu machen, die persische Frage, innere Reformen, Eisenbahnen und völlige Befreiung Persiens von fremder Einmischung — hinsichtlich dieses Punctes lehne Rußland den Vorschlag Englands auf Theilung des Einflusses ab. — Die syrische Frage mit Verzichtleistung Englands auf ähnliche Besitznahmen wie die Cyperns, die Unterdrückung der fremden Einmischung in Kreta nach der Befestigung des Ansehens des Prinzen Georg, die gänzliche Unabhängigkeit Abessiniens, die Berichtigung der egyptisch-abessinischen Grenze; der Negus solle als autonomer Herrscher Abessiniens als Mittelpunct der Civilisation in diesem Theile Afrikas anerkannt werden. Murawiew stipulirte, nach Lösung dieser Fragen sollten die erzielten Beschlüsse der französischen Regierung mitgetheilt werden und diese eingeladen werden, dem endgiltigen Vertrage beizutreten. (Die Nachricht ist jedenfalls mit aller Vorsicht aufzunehmen. Sie stammt aus englischer Quelle und richtet ihre Spitze gegen Deutschland. D. Red. d. „Lpz. Tgbl.")

## Asien.

### Der Aufstand in Kaulung; Frankreich in Siam.

* **Hongkong**, 21. April. (Telegramm.) Die aufständischen Chinesen sind nunmehr aus dem erweiterten Gebiet von Kaulung vertrieben. Die britischen Truppen verfolgten sie von Dorf zu Dorf und brachten ihnen zahlreiche Verluste bei. Ein weiterer Widerstand wird nicht erwartet, jedoch wird das englische Truppenlager 2 Meilen weiter landeinwärts verlegt und der ganze Bezirk von Taipufu besetzt gehalten.

* **Saigon**, 21. April. (Telegramm.) Der Generalgouverneur von Indo-China Doumer kam am 16. April in Bangkok an. Der König und die Prinzen bereiteten ihm einen sehr glänzenden Empfang, wodurch sie bewiesen, daß es ihnen erwünscht wäre, mit Frankreich wieder freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

△ **Berlin**, 21. April. (Telegramm.) Das Haus beginnt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Dienststellung der Kreisärzte und die Bildung von Gesundheitscommissionen. Der Präsident theilt mit, daß der conservative Abgeordnete Blanckenburg für den Wahlkreis Samter-Birnbaum sein Mandat niedergelegt hat.

Abg. Dr. Langerhans (freis. Volksp.) führt aus, die Vorlage könne nur als eine wenig befriedigende Abschlagszahlung auf die seit 30 Jahren vom Parlament erhobene Forderung einer Medicinalreform angesehen werden. Die Stellung eines Kreisarztes und der localen Gesundheitsbehörden sei viel zu wenig selbstständig. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine 21gliedrige Commission.

Abg. Douglas (freicons.) beantragt Ueberweisung an die um sieben Mitglieder verstärkte elfte Commission.

Abg. Dr. Martens (nat.-lib.) bemerkt, der Entwurf biete zu wenig. Die Stellung des Kreisarztes sei nicht einwandfrei, sowohl bezüglich seiner Privatpraxis, als auch gegenüber dem Landrath.

Abg. Rügenberg (Ctr.) meint, jedenfalls würde eine Untersagung der Privatpraxis zu hart sein.

Abg. v. Waldow (cons.) spricht sich für die Commissionsberathung aus.

Cultusminister Dr. Bosse sieht aus, er habe geglaubt, den Resolutionen entsprechen zu müssen, und habe deshalb in der Mai-Conferenz die Grundsätze dargelegt, die als Regierungsvorlage bezeichnet werden, die aber nur einen Versuch darstellen und eine Anregung für ein weiteres Vorgehen geben sollten. Zweifellos müßten die Kreisärzte sicher gestellt werden. Die Frage der Gestattung der Privatpraxis sei noch ungeklärt, hoffentlich werde die Commissionsberathung zu einem Erfolge führen.

Abg. Endemann (nat.-lib.) regt neuerdings die Trennung der Medicinalabtheilung vom Cultusministerium an und betont schließlich die Nothwendigkeit, den Kreisarzt pecuniär so zu stellen, daß er von der Praxis losgelöst sein könne.

Finanzminister Dr. v. Miquel entgegnet, die Frage der Privatpraxis sei keine bloße Finanzfrage. In gewissen Bezirken würde die Ueberhäufung mit Amtsgeschäften eine Privatpraxis nicht gestatten. Hier sei deshalb eine entsprechende Besoldung nöthig; aber im allgemeinen würde die Untersagung der Privatpraxis für Aerzte und Publicum nachtheilig sein.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Ehlers wird die Vorlage nach Ablehnung des Antrags Langerhans an die um sieben Mitglieder verstärkte elfte Commission überwiesen.

Nächste Sitzung Montag. Tagesordnung: Justizgesetzentwürfe.

## Marine.

* **Berlin**, 21. April. (Telegramm.) S. M. S. „Odin" ist am 19. April nach Kiel zurückgekehrt. S. M. SS. „Greif", „Pelikan", „Jaguar" und „Hay" sind am 20. April von Kiel in See gegangen. S. M. S. „Rhein" ist am 20. April von Sonderburg in See gegangen. Poststation in Flensburg. S. M. S. „Friedrich Carl" hat am 20. April die Geschütze des Wachtschiffes in Kiel von S. M. S. „Blücher" übernommen. S. M. S. „Bussard" ist am 20. April in Danzig außer Dienst gestellt worden. S. M. S. „Hansa" ist am 20. April mit Flaggenparade in Kiel in Dienst gestellt worden.

## Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Nachdruck verboten.)

L. **Leipzig**, 21. April. Unglückliche Liebe. Der 20 Jahre alte Maler Oskar Gugg in Leipzig hatte in Chemnitz mit einem 22 Jahre alten Mädchen Namens T. ein Liebesverhältniß. Die Umstände, namentlich die leidige Geldfrage, ließen eine eheliche Verbindung Beider in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheinen. In einem Anfalle von Schwermuth beschlossen deshalb Beide, sich gemeinsam das Leben zu nehmen. In der Wohnung der Eltern der T. legten sich die beiden jungen Leute Abends auf das Sopha und Gugg öffnete erst seiner Geliebten, dann sich selbst die linke Pulsader. Am andern Morgen wurden Beide im Blute schwimmend, aber noch lebend, aufgefunden. Sie sind heute wieder hergestellt und der einzige Nachtheil, der aus dem Selbstmordversuche entstanden ist, besteht darin, daß Frl. T. ihren linken Daumen nicht mehr bewegen kann. Nunmehr nahmen sich aber die Behörden der Sache an und das Landgericht Chemnitz verurtheilte am 13. Februar Gugg wegen gefährlicher Körperverletzung zu Gefängniß. Es wurde angenommen, daß Frl. T. ihn wohl ersucht hatte, sie zu tödten, nicht aber, ihr nur eine schwere Körperverletzung beizubringen. Daraus wurde gefolgert, daß G. bewußt rechtswidrig gehandelt habe. — Die von dem Angeklagten eingelegte Revision wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

## Vermischtes.

— **Blankenstein**, 21. April. Ueber die bereits telegraphisch berichtete Kessel-Explosion in der Wiede'schen Papierfabrik in Rosenthal liegen noch folgende Einzelheiten vor: Die Explosion erfolgte früh 37 Uhr. Das Maschinenhaus sowie die angrenzenden Gebäude wurden durch die Explosion vollständig zerstört, die so gewaltig war, daß der 60 000 Kilogramm schwere, von einer einen halben Meter starken Mauer umgebene Batterie-Kessel aufgehoben und 90° gedreht wurden. Die plötzlich entfesselten Dämpfe sollen 30 000 Pferdekräfte Stärke gehabt haben. Sämmtliche Dächer wurden aufgehoben, das Maschinenhaus, die elektrische Anlage, sowie die Werkstätte wurden vom Boden weggefegt, die Trümmer thurmhoch und weit weggeschleudert. Der Materialschaden soll einige 100 000 ℳ betragen. Die Gebäude sind bei der Magdeburger Landesfeuersocietät versichert. Die Maschinen waren nur theilweise versichert. Der Betrieb ist auf einige Zeit vollständig gestört. Die in der Fabrik beschäftigten circa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen werden bis dahin mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Sechs Dampfkessel sind intact geblieben. Gleich nach der Explosion entstand unter den Arbeiterinnen eine Panik, da sämmtliche stehengebliebenen Gebäude schwankten. Die Arbeiterinnen flüchteten durch die Fenster. Die Panik legte sich aber bald. Das Verhalten der Arbeiter war ein musterhaftes. Sie eilten sofort nach der Unglücksstätte, wo sie unter Leitung des Directors Hirsch eine fieberhafte Thätigkeit zur Rettung der Verunglückten und Bergung der Todten entwickelten. Die schrecklich zugerichteten Leichen wurden in einem intact gebliebenen Raume untergebracht, die Verwundeten durch zwei telegraphisch herbeigerufene und alsbald erschienene Aerzte aus Lichtenberg und Lobenstein verbunden u. s. w. Wunderbar ist die Rettung zweier Fabrikmaurer, die einige Meter von dem explodirten Kessel entfernt im Innern eines Kessels mit dessen Reinigung beschäftigt waren. Die Maurer sind mit dem bloßen Schrecken davongekommen. Ueber einem Leichtverletzten bildeten die herabstürzenden Balken ein Schutzdach. Er wurde alsbald aus seiner Lage befreit. Tragisch ist das Schicksal des gefeierten Fabrikmaurers Unglaub aus Harra. Derselbe hatte durch jahrelangen Fleiß und Sparsamkeit es endlich dahin gebracht, daß er ein Häuschen sein eigen nennen konnte. Am Tage vor dem Unglücksfalle war es ihm gerichtlich überschrieben worden. Er hinterläßt eine Frau in guter Hoffnung und sechs Kinder. Die Ursache der Explosion läßt sich bis jetzt noch nicht genau feststellen. Sie ist wahrscheinlich in einem Materialschaden des Kessels zu suchen. Der Kessel war erst zwei Jahre im Betrieb und war vor vier Wochen gereinigt. Durch das Unglück wurden fünf Personen getödtet und sechs, darunter einer sehr schwer, verletzt.

— **Die verschwundenen Knochen.** Folgende launige Schilderung einer schönen bureaukratischen Leistung wird der „Frkf. Ztg." zur Verfügung gestellt: Oberrechnungskammer: „Halbjahrsabrechnung zurück an Gefängniß-Inspector N. zur Rückäußerung darüber, wo 3 Pfd. Knochen geblieben, die Verbrauchsregister gegenüber Einkaufsregister zu wenig aufweist." Gefängniß-Inspector: „Verblieb der 3 Pfd. Knochen nicht nachweisbar, vermuthlich Ratten gefressen." Oberrechnungskammer: „Wenn Knochen von den Ratten gefressen, dann Rattengift legen." Pause: Ein halbes Jahr. Oberrechnungskammer: „Halbjahrsrechnung zurück mit dem Ersuchen um Rückäußerung darüber, weshalb, ob und wofür 5 ℳ Rattengift verwendet." Gefängniß-Inspector: „Für 5 ℳ Gift im Gefängniß gegen die Rattenplage verbraucht, anderer Nachweis unmöglich." Oberrechnungskammer: „Wenn noch Ratten vorhanden, dann Katze anschaffen, Kosten des Giftes zu hoch." Pause: Ein halbes Jahr. Oberrechnungskammer: „Halbjahrsrechnung zurück an Gefängniß-Inspector N. zur Rückäußerung darüber, wo auffallend großer Milchverbrauch herrühre." Gefängniß-Inspector: „Zur Vertilgung der Ratten angeschaffte Katze täglich für 10 Pfg. Milch, macht halbjährlich 18,20 Mark." Oberrechnungskammer: „Unterhaltungskosten der Katze zu hoch; Katze abschaffen." Pause: Ein halbes Jahr. Oberrechnungskammer: „Abrechnung zurück an Gefängniß-Inspector N. mit dem Ersuchen um Rückäußerung über den Verbleib der im Register fehlenden 2½ Pfd. Knochen. Gefängniß-Inspector (für sich): „Ei verfl . . . . !" (Zum Unterbeamten) „Mann Gottes, helfen Sie mir, wissen Sie nicht, wo die 2½ Pfd. Knochen geblieben sind?" Unterbeamter: „Die werden durch das lange Liegen eingetrocknet sein." Gefängniß-Inspector (aufathmend): „Hier haben Sie 50 Pfg., trinken Sie einen Ganzen auf mein Wohl." Auf den Bericht, daß die Knochen vermuthlich durch die längere Lagerung eingetrocknet seien, blieb der gequälte Gefängniß-Inspector im nächsten Halbjahr von weiteren Rückfragen verschont.